

Lexikon Politik  
Hundert Grundbegriffe



# Lexikon Politik

Hundert Grundbegriffe

Herausgegeben von  
Dieter Fuchs und  
Edeltraud Roller

Reclam

RECLAMS UNIVERSAL-BIBLIOTHEK Nr. 18714

2009 Philipp Reclam jun. GmbH & Co. KG,

Siemensstraße 32, 71254 Ditzingen

Druck und Bindung: Canon Deutschland Business Services GmbH,

Siemensstraße 32, 71254 Ditzingen

Printed in Germany 2018

RECLAM, UNIVERSAL-BIBLIOTHEK und

RECLAMS UNIVERSAL-BIBLIOTHEK sind eingetragene Marken

der Philipp Reclam jun. GmbH & Co. KG, Stuttgart

ISBN 978-3-15-018714-2

[www.reclam.de](http://www.reclam.de)

## Inhalt

Einleitung . . . . .	9
Verzeichnis der Autorinnen und Autoren . . . . .	13

### Hundert Grundbegriffe

Abgeordnete (Bernhard Weißels) . . . . .	23
Außenpolitik (Herbert Dittgen) . . . . .	25
Autoritäres Regime (Wolfgang Merkel) . . . . .	28
Bürgertugenden (Rainer Forst) . . . . .	31
Deliberative Demokratie (Hubertus Buchstein / Dirk Jörke) . . . . .	35
Demokratie (Dieter Fuchs) . . . . .	38
Demokratisierung/Demokratisierungswellen (Christian Welzel) . . . . .	43
Diktatur (Wolfgang Merkel) . . . . .	47
Diskurs (Dirk Jörke / Hubertus Buchstein) . . . . .	50
Elektronische Demokratie (Thomas Zittel) . . . . .	52
Eliten (Ursula Hoffmann-Lange) . . . . .	56
Europäische Union (Wolfgang Wessels) . . . . .	59
Extremismus (Eckhard Jesse) . . . . .	63
Faschismus (Peter Steinbach) . . . . .	66
Feminismus (Birgit Sauer) . . . . .	69
Föderalismus (Roland Sturm) . . . . .	72
Freiheit (Wolfgang Fach) . . . . .	75
Gemeinwohl (Karsten Fischer) . . . . .	79
Gerechtigkeit (Stefan Gosepath) . . . . .	82
Gesetze/Gesetzgebung (Wolfgang Ismayr) . . . . .	86

Gewalt (Donatella della Porta) . . . . .	90
Gewaltenteilung (Wolfgang M. Schröder) . . . . .	93
Gewerkschaften (Klaus Armingeon) . . . . .	95
Gleichheit (Stefan Gosepath) . . . . .	98
Globalisierung (Andreas Busch) . . . . .	101
Grund- und Menschenrechte (Gunnar Folke Schuppert / Hauke Schüler) . . . . .	105
Herrschaft (André Kaiser) . . . . .	109
Ideologie (Thomas Noetzel) . . . . .	111
Innenpolitik (Werner Jann) . . . . .	114
Institutionalismus (Simon Hug) . . . . .	116
Institutionen (Simon Hug) . . . . .	120
Integration (Jürgen Friedrichs) . . . . .	122
Interessenverbände (Bernhard Weißels) . . . . .	125
Internationale Beziehungen (Volker Rittberger / Matthias Staisch) . . . . .	128
Internationale Regime (Volker Rittberger / Matthias Staisch) . . . . .	132
Kommunalpolitik (Angelika Vetter) . . . . .	135
Kommunismus (Eckhard Jesse) . . . . .	137
Kommunitarismus (Hartmut Rosa) . . . . .	140
Konfliktlinien (Bernhard Weißels) . . . . .	143
Konsensus- und Mehrheitsdemokratie (André Kaiser) . . . . .	146
Konservatismus (Thomas Noetzel) . . . . .	150
Konstitutionalismus (Gary S. Schaal) . . . . .	153
Kosmopolitische Demokratie (Wolfgang M. Schröder) . . . . .	155
Legitimität (Dieter Fuchs) . . . . .	158
Liberalismus (Hans Vorländer) . . . . .	161
Macht (André Brodocz) . . . . .	165
Massenkommunikation (Frank Brettschneider) . . . . .	168

Mehrheitsprinzip (Achim Hildebrandt) . . . . .	171
Nation/Nationalismus (Egbert Jahn) . . . . .	174
Nationalstaat (Egbert Jahn) . . . . .	177
Nichtregierungsorganisationen (Dieter Rucht) . .	180
Öffentliche Meinung (Jürgen Gerhards) . . . . .	182
Öffentlichkeit (Jürgen Gerhards) . . . . .	185
Parlament (Werner J. Patzelt) . . . . .	188
Parlamentarische/präsidentielle Demokratie (André Kaiser) . . . . .	192
Parteien (Oskar Niedermayer) . . . . .	195
Parteiensystem (Oskar Niedermayer) . . . . .	197
Partizipative Demokratie (Thomas Zittel) . . . . .	202
Politik (Dieter Fuchs / Edeltraud Roller) . . . . .	205
Politikwissenschaft (Jürgen W. Falter) . . . . .	210
Politische Ethik (Bernd Ladwig) . . . . .	214
Politische Gemeinschaft (Dieter Fuchs / Jan A. Fuhse) . . . . .	217
Politische Kultur (Dieter Fuchs) . . . . .	220
Politische Partizipation (Oscar W. Gabriel) . . . . .	224
Politische Performanz (Edeltraud Roller) . . . . .	226
Politische Sozialisation (Monika Buhl) . . . . .	231
Politische Unterstützung (Oscar W. Gabriel) . . . . .	234
Politischer Prozess (Edeltraud Roller) . . . . .	237
Politisches System (Jan A. Fuhse) . . . . .	241
Politisches Vertrauen (Gary S. Schaal) . . . . .	244
Rechtsstaat (Gunnar Folke Schuppert / Hauke Schüler) . . . . .	247
Regierung (Werner J. Patzelt) . . . . .	250
Repräsentation (Gerhard Göhler) . . . . .	253
Repräsentative/liberale Demokratie (Gerhard Göhler) . . . . .	256
Republikanismus (Marcus Llanque) . . . . .	260

Solidarität (Helmut Thome) . . . . .	263
Souveränität (Peter Niesen) . . . . .	266
Sozialdemokratie (Klaus Schönhoven) . . . . .	269
Soziale Bewegungen (Dieter Rucht) . . . . .	272
Sozialismus (Bernd Ladwig) . . . . .	276
Sozialstaat (Jürgen Kohl) . . . . .	279
Staat (Ellen M. Immergut / Alexander Jäger) . . .	282
Staatsbürgerschaft (Heinz Kleger) . . . . .	286
Staatsformen (André Kaiser) . . . . .	288
Steuerung (Axel Görlitz) . . . . .	292
Systemtransformation (Wolfgang Merkel) . . . . .	295
Terrorismus (Uwe Backes) . . . . .	299
Totalitarismus (Eckhard Jesse) . . . . .	302
Vereinte Nationen (Volker Rittberger / Matthias Staisch) . . . . .	304
Verfassung (Hans Vorländer) . . . . .	307
Verhandlungen (Katharina Holzinger) . . . . .	311
Vertrag/Vertragstheorien (Roland Kley) . . . . .	314
Verwaltung (Kai-Uwe Schnapp) . . . . .	318
Volk (Dieter Fuchs) . . . . .	321
Völkerrecht (Franz C. Mayer) . . . . .	324
Volksabstimmung (Gebhard Kirchgässner) . . . . .	327
Volkssouveränität (Peter Niesen) . . . . .	330
Wahlen (Dieter Nohlen) . . . . .	333
Wahlrecht/Wahlssysteme (Dieter Nohlen) . . . . .	336
Zivilgesellschaft (Helmut K. Anheier / Anja Appel) . . . . .	340
 Weiterführende Literatur . . . . .	 345
Personenregister . . . . .	348
Sachregister . . . . .	355

## Einleitung

Fast jeder hat zumindest ein ungefähres Verständnis von Politik. Dies ist schon dadurch bedingt, dass jeder Bürger das Wahlrecht besitzt und von diesem Recht auch größtenteils Gebrauch macht. Vor allem aber wird dieses ungefähre Verständnis durch die permanente Präsenz politischer Themen in den Massenmedien bewirkt. Das *Lexikon Politik* soll zu einer Verbesserung jenes Verständnisses beitragen, zu seiner Präzisierung und Differenzierung sowie zu einer Erkenntnis darüber, was die Besonderheit der Politik als eines Bereichs der Gesellschaft ausmacht.

Das Mittel zum Erreichen dieses Ziels sind *Hundert Grundbegriffe* der Politik, so wie sie in der Politikwissenschaft verwendet werden. In diesen Begriffen wird das Wissen einer Disziplin, die sich wissenschaftlich mit Politik beschäftigt, gewissermaßen abgelagert. Die Grundbegriffe sind in diesem Lexikon so erläutert, dass sie nicht nur für Schüler, Studierende und Lehrende der Politikwissenschaft von Interesse sind, sondern auch für diejenigen, die außerhalb von Schule und Hochschule beruflich mit Politik zu tun haben oder sich einfach nur mit Politik intensiver beschäftigen möchten. Mit diesen Grundbegriffen wird der Bereich der Politik definiert und abgesteckt.

Dabei stellen sich zwei Probleme. Das erste ist das der Auswahl der Begriffe. Politik ist ein komplexes Phänomen, das sich in einer großen Vielfalt von Begriffen niederschlägt. Bei einer Begrenzung auf nur *Hundert Grundbegriffe* mussten deshalb Entscheidungen getroffen werden, die etliche Gesichtspunkte der Politik übergehen. Eine Entscheidung besteht darin, dass wir uns weitgehend auf Politik in Demokratien beschränken. Trotz dieses Schwerpunkts werden aber die wichtigsten Alternativen zur Demokratie auf ideologischer Ebene (wie Faschismus und Kommunismus), auf institutioneller Ebene (wie auto-

ritäres Regime, Diktatur und Totalitarismus) sowie auf der Handlungsebene (wie Gewalt und Terrorismus) berücksichtigt. Eine zweite Entscheidung besteht darin, dass nur einige zentrale materielle Politiken (*policies*) wie Innenpolitik, Außenpolitik, Kommunalpolitik, Sozialstaat aufgenommen worden sind. Bei einer Fokussierung auf Grundbegriffe ist die Aufnahme eines breiten Spektrums von Politikfeldern nicht unbedingt notwendig.

Die von uns ausgewählten Stichwörter beziehen sich vor allem auf zwei der drei Ebenen einer Demokratie, nämlich auf die ideelle Ebene der Werte, Normen, Prinzipien und gedanklichen Strömungen sowie auf die strukturelle Ebene der Institutionen und Regime. Die dritte Ebene des politischen Prozesses ist in erster Linie durch die wichtigsten kollektiven Akteure wie z. B. Gewerkschaften, Interessenverbände, soziale Bewegungen, politische Parteien, Massenmedien repräsentiert. Bei den letztlich ausgewählten *Hundert Grundbegriffen* lässt sich natürlich darüber diskutieren, ob man auf einige hätte verzichten können und stattdessen andere hätte aufnehmen müssen. Einen objektiven Standard zur Selektion der relevanten Begriffe gibt es nicht; deshalb müssen Herausgeber von Lexika unvermeidlich bestreitbare Festlegungen treffen. Wir gehen aber davon aus, dass die meisten der von uns ausgewählten Grundbegriffe nicht kontrovers sind.

Das zweite Problem besteht in der Definition dieser Grundbegriffe. Bei der Bestimmung von Begriffen existiert häufig ein »essentialistisches« Missverständnis. Es wird unterstellt, dass es einen Sachverhalt in der Wirklichkeit »an sich« gebe und es die Aufgabe sei, diesen durch die entsprechende Begriffsbestimmung möglichst adäquat abzubilden. Das hätte aber eine endlose Auseinandersetzung darüber zur Folge, worin denn diese Essenz bestünde und wie sie zu definieren sei. In diesem Sinne sind Begriffe natürlich immer umstritten. Begriffe sind aber stets nur Instrumente zur Beobachtung und Analyse der Wirk-

lichkeit, und dazu sind sie mehr oder weniger brauchbar. Sie erfassen die Wirklichkeit nicht nur, sondern konstituieren diese auch bis zu einem gewissen Grade, denn eine begriffslose Beobachtung der Wirklichkeit kann es nicht geben. Damit ist das Problem jedoch noch nicht gelöst. Begriffe werden in der Regel im Kontext von Theorien und Ansätzen verwendet, die jeweils ganz unterschiedliche Erkenntnisinteressen und Analyseziele haben. Der Inhalt ist dementsprechend auch unterschiedlich. Das bedeutet, dass jeder Begriff mit einer Vielzahl von Definitionen verträglich ist und keine Definition beanspruchen kann, in irgendeinem essentialistischen Sinne die richtige zu sein.

Wie kann man aber mit diesem Problem bei einem Lexikon mit einem begrenzten Umfang umgehen? Wir haben uns an der Empfehlung von Giovanni Sartori, einem prominenten Politikwissenschaftler, orientiert. Er schlägt vor, dass man die Definitionen eines Begriffs bei wichtigen Autoren studiert und den gemeinsamen Bedeutungskern identifiziert. Diesen kann man dann als eine Definition betrachten, die den verschiedenen Theorien und Ansätzen übergeordnet ist und über die es in der Profession eine weitgehende Übereinstimmung gibt.

Der Aufbau der Artikel folgt einem Schema, das inhaltlich bedingt leicht variieren kann: Sie beginnen mit der Nennung des Stichworts und einer Kurzdefinition, an die sich ein begriffs- oder theoriegeschichtlicher oder systematisch strukturierter Darstellungsteil anschließt. Die Artikel enden mit einer Kurzbibliographie, die die im Text genannten Titel ergänzt und den Einstieg in weiterführende Lektüre ermöglichen soll. Diese Absicht verfolgt auch der Anhang, in dem eine Liste deutschsprachiger Wörterbücher zur Politikwissenschaft, aktueller Einführungen in die Politikwissenschaft und wichtiger politikwissenschaftlicher Zeitschriften verzeichnet ist. Ein Personen- und ein Sachregister schließen den Band ab.

Querverweise auf andere Stichwörter sind in den Artikeln mit einem Pfeil (→) gekennzeichnet. Die Abkürzung der Stichwörter kann sich auf Singular oder Plural beziehen, so kann »D.« im betreffenden Artikel sowohl »Demokratie« als auch »Demokratien« bedeuten. Genus, Numerus und Kasus bleiben in der Abkürzung ebenfalls unberücksichtigt. Weitere Abkürzungen folgen der Standardisierung des Grammatik-Duden. Wir weisen darauf hin, dass wir aufgrund des knapp bemessenen Raumes auf die Nennung beider Geschlechter verzichten müssen.

Alle Beiträge dieses Lexikons sind Originalartikel. Den englischsprachigen Beitrag zur »Gewalt« haben die Herausgeber übersetzt. Die Herausgeber danken den Autorinnen und Autoren für die gute professionelle Zusammenarbeit und Annemarie Schmidt vom Institut für Politikwissenschaft der Johannes Gutenberg-Universität Mainz für die sorgfältige Korrekturlektüre.

Dieter Fuchs und Edeltraud Roller

## Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

HELMUT K. ANHEIER, Jg. 1954, Ph. D., Professor für Politikwissenschaft und Direktor des Zentrums für Zivilgesellschaft an der University of California, Los Angeles, und Centennial Professor an der London School of Economics.

ANJA APPEL, Jg. 1975, M. A., Ph.D.-Studentin an der Graduate School of Politics der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.

KLAUS ARMINGEON, Jg. 1954, Dr. phil., Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bern.

UWE BACKES, Jg. 1960, Dr. phil. habil., apl. Professor für Politikwissenschaft an der Technischen Universität Dresden und stellvertretender Direktor am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der Technischen Universität Dresden.

FRANK BRETTSCHEIDER, Jg. 1965, Dr. rer. pol., Professor für Kommunikationswissenschaft an der Universität Hohenheim.

ANDRÉ BRODOCZ, Jg. 1969, Dr. phil., Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Sonderforschungsbereich 537 »Institutionalität und Geschichtlichkeit« der Technischen Universität Dresden.

HUBERTUS BUCHSTEIN, Jg. 1959, Dr. phil., Professor für Politikwissenschaft an der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald.

MONIKA BUHL, Jg. 1968, Dr. phil., Juniorprofessorin für Erziehungswissenschaft an der Johann Wolfgang Goethe-Universität und am Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) Frankfurt a. M.

ANDREAS BUSCH, Jg. 1962, Dr. phil. habil., Reader in European Politics an der University of Oxford und Fellow von Hertford College, Oxford.

HERBERT DITTGEN, Jg. 1956, Dr. phil., Professor für Politikwissenschaft an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

WOLFGANG FACH, Jg. 1944, Dr. rer. soc., Professor für Politikwissenschaft an der Universität Leipzig.

JÜRGEN W. FALTER, Jg. 1944, Dr. rer. pol., Professor für Politikwissenschaft an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

KARSTEN FISCHER, Jg. 1967, Dr. rer. soc., Privatdozent für Politikwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin.

RAINER FORST, Jg. 1964, Dr. phil., Professor für Politische Theorie und Philosophie an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt a. M.

JÜRGEN FRIEDRICHS, Jg. 1938, Dr. phil., Professor für Soziologie an der Universität zu Köln.

DIETER FUCHS, Jg. 1946, Dr. phil., Professor für Politikwissenschaft an der Universität Stuttgart

JAN A. FUHSE, Jg. 1975, Dipl.-Pol., M. A., Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Stuttgart.

OSCAR W. GABRIEL, Jg. 1947, Dr. rer. pol., Professor für Politikwissenschaft an der Universität Stuttgart.

JÜRGEN GERHARDS, Jg. 1955, Dr. phil., Professor für Soziologie an der Freien Universität Berlin.

GERHARD GÖHLER, Jg. 1941, Dr. phil., Professor für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin.

AXEL GÖRLITZ, Dr. jur., Professor em. für Politikwissenschaft an der Universität Stuttgart.

STEFAN GOSEPATH, Jg. 1959, Dr. phil., Professor für Praktische Philosophie an der Justus-Liebig-Universität Gießen.

ACHIM HILDEBRANDT, Jg. 1972, Dipl.-Pol., Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Stuttgart.

Ursula Hoffmann-Lange, Jg. 1943, Dr. phil., Professorin für Politikwissenschaft an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg.

KATHARINA HOLZINGER, Jg. 1957, Dr. phil., Professorin für Politikwissenschaft an der Universität Hamburg.

Simon Hug, Jg. 1964, Ph. D., Professor für Politikwissenschaft an der Universität Zürich.

ELLEN M. IMMERGUT, Jg. 1957, Ph. D., Professorin für Politikwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin.

Wolfgang Ismayr, Jg. 1942, Dr. phil., Dr. rer. pol. habil., Professor für Politikwissenschaft an der Technischen Universität Dresden.

ALEXANDER JÄGER, Jg. 1971, Dipl.-Verw.-Wiss., Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin.

EGBERT JAHN, Jg. 1941, Dr. phil., Professor em. für Politikwissenschaft und Zeitgeschichte an der Universität Mannheim, Projektleiter am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung.

WERNER JANN, Jg. 1950, Dr. rer. publ., Professor für Politik- und Verwaltungswissenschaft an der Universität Potsdam.

ECKHARD JESSE, Jg. 1948, Dr. phil., Professor für Politikwissenschaft an der Technischen Universität Chemnitz.

DIRK JÖRKE, Jg. 1971, Dr. phil., Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der Ernst-Moritz-Arndt-Universität Greifswald.

ANDRÉ KAISER, Jg. 1960, Dr. phil., Professor für Politikwissenschaft an der Universität zu Köln.

GEBHARD KIRCHGÄSSNER, Jg. 1948, Dr. rer. soc., Professor für Volkswirtschaftslehre und Ökonometrie an der Universität St. Gallen.

HEINZ KLEGER, Jg. 1952, Dr. phil., Professor für Politische Theorie an der Universität Potsdam.

ROLAND KLEY, Jg. 1952, Dr. rer. publ., D. Phil., Professor für Politikwissenschaft an der Universität St. Gallen.

JÜRGEN KOHL, Dr. phil., Professor für Soziologie an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg.

BERND LADWIG, Jg. 1966, Dr. phil., Juniorprofessor für moderne politische Theorie an der Freien Universität Berlin.

MARCUS LLANQUE, Jg. 1964, Dr. rer. soc., Privatdozent an der Humboldt-Universität zu Berlin.

FRANZ C. MAYER, Jg. 1968, Dr. jur., Privatdozent an der Humboldt-Universität zu Berlin.

WOLFGANG MERKEL, Jg. 1952, Dr. phil., Professor für Politikwissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin und Direktor am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

OSKAR NIEDERMAYER, Jg. 1952, Dr. rer. pol., Professor für Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin.

PETER NIESEN, Jg. 1964, Dr. phil., Professor für Politikwissenschaft an der Technischen Universität Darmstadt.

THOMAS NOETZEL, Jg. 1957, Dr. phil., Professor für Politikwissenschaft an der Philipps-Universität Marburg.

DIETER NOHLEN, Jg. 1939, Dr. phil., Professor em. für Politikwissenschaft an der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg.

WERNER J. PATZELT, Jg. 1953, Dr. phil., Professor für Politikwissenschaft an der Technischen Universität Dresden.

DONATELLA DELLA PORTA, Jg. 1956, Ph. D., Professorin für Soziologie am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz.

VOLKER RITTBERGER, Jg. 1941, Ph. D., Professor für Politikwissenschaft und Internationale Beziehungen an der Eberhard Karls-Universität Tübingen.

EDELTRAUD ROLLER, Jg. 1957, Dr. phil., Professorin für Politikwissenschaft an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz.

HARTMUT ROSA, Jg. 1965, Dr. rer. soc., Professor für Soziologie an der Friedrich-Schiller-Universität Jena.

DIETER RUCHT, Jg. 1946, Dr. rer. pol., Honorarprofessor für Soziologie an der Freien Universität Berlin und Forschungsgruppenleiter am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

BIRGIT SAUER, Jg. 1957, Dr. phil., Professorin für Politikwissenschaft an der Universität Wien.

GARY S. SCHAAL, Jg. 1971, Dr. phil., Privatdozent an der Universität Stuttgart und Heisenberg-Stipendiat an der Technischen Universität Dresden.

KAI-UWE SCHNAPP, Jg. 1966, Dr. rer. pol., Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Politikwissenschaft der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

KLAUS SCHÖNHOFEN, Jg. 1942, Dr. phil., Professor für Politikwissenschaft an der Universität Mannheim.

WOLFGANG M. SCHRÖDER, Jg. 1968, Dr. phil., Lehrbeauftragter am Philosophischen Seminar der Eberhard Karls-Universität Tübingen.

HAUKE SCHÜLER, Jg. 1979, 1. Jurist. Staatsexamen, Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Bucerius Law School, Hamburg.

GUNNAR FOLKE SCHUPPERT, Jg. 1943, Dr. jur., Professor für Staats- und Verwaltungswissenschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin und Forschungsprofessor am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

MATTHIAS STAISCH, Jg. 1977, M. A., Doktorand am Department für Politikwissenschaft der University of Chicago.

PETER STEINBACH, Jg. 1948, Dr. phil., Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Universität Karlsruhe (TH).

ROLAND STURM, Jg. 1953, Dr. phil., Professor für Politikwissenschaft an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg.

HELMUT THOME, Jg. 1945, Dr. rer. pol., Professor für Soziologie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

ANGELIKA VETTER, Jg. 1966, Dr. phil., Akademische Oberrätin am Institut für Sozialwissenschaften der Universität Stuttgart.

HANS VORLÄNDER, Jg. 1954, Dr. phil., Professor für Politikwissenschaft an der Technischen Universität Dresden.

CHRISTIAN WELZEL, Jg. 1964, Dr. phil., Professor für Politikwissenschaft an der International University Bremen.

BERNHARD WEßELS, Jg. 1955, Dr. phil., Privatdozent an der Freien Universität Berlin und Senior Research Fellow am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.

WOLFGANG WESSELS, Jg. 1948, Dr. rer. pol., Jean Monnet-Professor für Politikwissenschaft an der Universität zu Köln und Visiting Professor am College of Europe in Brügge und Natolin.

THOMAS ZITTEL, Jg. 1961, Dr. phil., Projektleiter am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung der Universität Mannheim und Fernand Braudel Fellow am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz.



# Hundert Grundbegriffe



## Abgeordnete

A. sind allgemein durch eine Institution oder kollektive Persönlichkeit beauftragte und in deren Namen und mit deren Legitimität stellvertretend handelnde Personen. Im modernen und politikwissenschaftlichen Sprachgebrauch ist die Bezeichnung nur auf die Personen bezogen, die durch eine demokratische Wahl der Bürger Mitglied eines → Parlaments sind. Im Unterschied zu Repräsentativkörperschaften des Mittelalters sind A. nicht instruierte Vertreter für einen Stand. Mit dem in der französischen Verfassung von 1791 – in Deutschland mit der Verfassung von 1849 – verankerten und sich schnell verbreitenden neuen Verständnis von → Repräsentation setzte sich die Vorstellung vom A. als einem freien und unabhängigen Vertreter des ganzen → Volkes durch (Grundgesetz Art. 38).

Staatsrechtlich und demokratietheoretisch liegt die Bedeutung der A. in ihrer Funktion, Mitglieder derjenigen Körperschaft zu sein, die in Gesetzgebung und Kontrolle der Regierung den Willen des Volkes zum Ausdruck bringt und stellvertretend für das Volk allgemeinverbindliche Entscheidungen trifft. Stellvertretung heißt in repräsentativen Demokratien (→ Repräsentative/liberale Demokratie) nicht das Herstellen von Identität zwischen Volkswillen und -vertretung, sondern die Gewährleistung von Responsivität, also der Zugänglichkeit, Ansprechbarkeit und Reaktionsfähigkeit gegenüber den Wünschen und Forderungen der Bürger. Dem entspricht das Postulat des freien A., der nur seinem Gewissen und besten Wissen unterworfen sein soll.

Parlamente als kollektive Vertretungskörperschaften sind in ihrer Funktionserfüllung Ausdruck der Summe individuellen Handelns der A. Hieraus ergibt sich das spezielle Interesse der A.-Forschung an Fragen der Rekrutierung, Handlungsweise und Einstellungen der A. Die zunächst in den USA (John C. Wahlke [u. a.], *The Legisla-*

*tive System*, 1962) in die A.-Forschung eingeführte rollentheoretische Perspektive schlägt die Brücke zwischen der Betrachtung der Einzelpersonen der A. und der Institution Parlament. Entsprechende Rollentypologien stellen in unterschiedlichem Differenzierungsgrad auf zwei Hauptdimensionen ab: den Fokus und den Stil der Repräsentation, Letztere maßgeblich an der Unterscheidung zwischen dem freien (*trustee*) und gebundenen A. (*delegate*) orientiert. Wie und welche Rollenorientierungen erworben werden, hängt von verschiedenen Faktoren ab. Die zunächst nicht (system)vergleichend orientierte A.-Forschung konzentrierte sich auf individuelle Merkmale der Herkunft und Sozialisation, erbrachte allerdings widersprüchliche Resultate (James H. Kuklinsky / Richard Elling, »Representational Role, Constituency Opinion, and Legislative Roll-Call Behaviour«, in: *American Journal of Political Science* 21, 1977). In der europäischen und vergleichenden Forschung sind mit einer stärkeren Orientierung auf politische Parteien als Sozialisationsinstanzen und die Merkmale politischer Systeme, insbesondere das Wahlsystem, Faktoren identifiziert worden, die die Rollenorientierungen und Handlungsweisen von A. prägen. Insgesamt verweisen die Ergebnisse der A.-Forschung auf die starke Bedeutung der Professionalisierung der Politik. Politik wird mehr und mehr zum Beruf (Max Weber, *Politik als Beruf*, 1919) und ist mit langen Qualifikationswegen und Karrieren in den politischen Parteien verbunden. Der freie A. ist in diesem Sinne eine normativ notwendige Fiktion, die in der Realität durch das hohe Maß an Verpflichtungsfähigkeit der politischen Parteien im Parlament überformt wird. Analysen namentlicher Abstimmungen verweisen darauf, dass es nur in wenigen Ausnahmen zu von der Fraktionsmeinung abweichenden Voten einzelner A. kommt. A. kommen in der Regel aus Berufen hoher Qualifikation und sind in der Mehrzahl Akademiker. Für die häufig geäußerte Kritik, dass A. damit eher ein Zerr-

spiegel als ein Spiegelbild der sozialen Zusammensetzung der Bevölkerung sind, finden sich empirisch auf der Basis der tatsächlichen Verhaltensweisen und Einstellungen der A. wenig Belege. Vielmehr hat sich mit der funktionalen Ausdifferenzierung von Politik als eigenständigem gesellschaftlichen Teilsystem und der Durchsetzung der Parteienstaatlichkeit selbst in politischen Systemen mit Mehrheitswahl das Prinzip der kollektiven Repräsentation durch politische Parteien durchgesetzt.

Bernhard Weißels

Jens Borchert (Hrsg.): Politik als Beruf. Die politische Klasse in westlichen Demokratien. Opladen 1999.

Dietrich Herzog [u. a.] (Hrsg.): Parlament und Gesellschaft. Opladen 1993.

Warren E. Miller [u. a.]: Policy Representation in Western Democracies. Oxford 1999.

Pippa Norris (Hrsg.): Passages to Power. Cambridge 1997.

Werner J. Patzelt: Abgeordnete und Repräsentation. Passau 1993.

## **Außenpolitik**

Unter A. (auswärtiger Politik) versteht man das politische Handeln eines Staates bzw. eines Staatenbundes gegenüber anderen Staaten, Staatenverbindungen, internationalen Organisationen und im Rahmen internationaler Verträge (→ Völkerrecht, → Internationale Regime). Wichtigste Akteure der A. sind die Regierungen, die auswärtige Beziehungen zu anderen Staaten (bilateral) sowie zu zwischenstaatlichen Einrichtungen (multilateral) und gegenüber Nichtregierungsorganisationen gestalten. Im Zuge

der → Globalisierung und der zunehmenden Interdependenz in den → internationalen Beziehungen gewinnen die grenzüberschreitenden (transnationalen) Beziehungen nichtstaatlicher Akteure auch für die Gestaltung der A. an Bedeutung.

In der europäischen Tradition wurde die A. zunächst als ein eigenständiger Bereich staatlichen Handelns aufgefasst und der »Primat der A.« (Leopold von Ranke), also die Unterordnung sämtlicher innerer Verhältnisse eines Staates unter die außenpolitischen Notwendigkeiten und die übergeordneten nationalen Interessen – auch als Staatsräson bezeichnet – gefordert. Entsprechend der überragenden Bedeutung war die A. vor allem Kabinettspolitik und vollzog sich unter Ausschluss der Öffentlichkeit als Geheimdiplomatie.

In den demokratischen Verfassungsstaaten hat eine Demokratisierung der A. stattgefunden. Wichtige außenpolitische Entscheidungen, wie der Einsatz der Streitkräfte oder der Abschluss von internationalen Verträgen, bedürfen der Zustimmung durch das Parlament. Interessenverbände nehmen Einfluss auf außenpolitische Entscheidungen, und die Öffentlichkeit hat eine wachsende Bedeutung für die Durchführung der A. (*public diplomacy*).

Das Themenspektrum der A. hat sich in den letzten Jahrzehnten dramatisch erweitert. Es umfasst nicht nur die traditionellen Aufgaben der Sicherheitspolitik, sondern heute vor allem auch die internationale Finanz- und Handelspolitik sowie die nationale Wirtschaftsförderung. Hinzugekommen sind auch neue globale Fragen wie Armutsbekämpfung (Entwicklungspolitik), Umweltschutz, Aids-Eindämmung, Bevölkerungspolitik, Migration, Bioethik und weltumspannende Technologiepolitik. A., einst eine Domäne der Außenministerien, ist somit zu einer Querschnittsaufgabe unter der Beteiligung zahlreicher Fachministerien geworden.

Die Politikwissenschaft hat keine allgemein akzeptierte

Theorie der A. entwickelt. Vielmehr existiert eine Vielzahl von konkurrierenden Erklärungsansätzen nebeneinander. Es lassen sich grob gesprochen eine innenpolitische (liberale) und eine realpolitische (realistische) Tradition in der A.-Analyse unterscheiden (Walter Carlsnaes, »Foreign Policy«, in: *Handbook of International Relations*, hrsg. von W. C. [u. a.], 2002). Erstere geht davon aus, dass die innenpolitische Dynamik die A. eines Landes erklären kann. Dazu können sowohl bürokratische Entscheidungsprozesse als auch innenpolitische Koalitionsbildungsprozesse, aber auch Verfassungsnormen und nationale Traditionen gehören. Die realpolitische Tradition geht hingegen davon aus, dass die materiellen Strukturen des internationalen Systems, insbesondere die Machtposition eines Landes in diesem System, die A. erklären können. A. wird sowohl durch die Abhängigkeiten und Handlungsoptionen des internationalen Systems als auch durch innenpolitische Präferenzbildung bestimmt.

Diese Unterscheidung von → Innenpolitik und A. wird unter den Bedingungen komplexer Interdependenz, deren Kennzeichen eine Vielfalt von Beziehungen zwischen den Gesellschaften und grenzüberschreitende Koalitionsbildungen sind, zunehmend problematisch (Robert O. Keohane / Joseph S. Nye, *Power and Interdependence*, 32001). Ernst-Otto Czempiel (*Kluge Macht*, 1999) hält den Begriff der A. für veraltet und schlägt vor, ihn durch den Begriff der »internationalisierenden Politik« zu ersetzen. Damit will er zum Ausdruck bringen, dass die Staatenwelt von einer Gesellschaftswelt abgelöst und der Übergang zwischen gesellschaftlicher und internationaler Umwelt eines Staates beinahe bruchlos geworden ist. Globalisierung und eine ansteigende Verregelung der internationalen Politik machen eine autonome A. zunehmend unmöglich. Dies gilt auch für eine Großmacht wie die USA. Internationale Institutionen und nichtstaatliche Akteure haben eine wachsende Bedeutung in den internationalen Bezie-

hungen gewonnen, aber der Nationalstaat ist noch nicht obsolet geworden. Er bleibt gerade im Bereich der Sicherheit der wichtigste Akteur und muss auf die neuen Herausforderungen mit neuen Instrumenten einer multilateralen A. reagieren.

Herbert Dittgen

Herbert Dittgen: Amerikanische Demokratie und Weltpolitik. Paderborn [u. a.] 1998.

Helga Haftendorn: Deutsche Außenpolitik zwischen Selbstbeschränkung und Selbstbehauptung. Stuttgart 2001.

Sebastian Harnisch: Theorieorientierte Außenpolitikforschung in einer Ära des Wandels. In: Die neuen Internationalen Beziehungen. Hrsg. von Gunther Hellmann [u. a.]. Baden-Baden 2003. S. 313–360.

## **Autoritäres Regime**

In Anlehnung an Hans Kelsen (*Allgemeine Rechtslehre*, 1925) lassen sich konzeptuell nur zwei Grundformen politischer R. voneinander trennen: Autokratien und → Demokratien. Diese beiden R.-Typen unterscheiden sich grundsätzlich dadurch, dass in demokratischen Systemen die Gesetze von denen gemacht oder autorisiert werden, auf die sie angewendet werden (autonome Normen), während in autokratischen R. Gesetzgeber und Adressaten der Gesetze Verschiedene sind (heteronome Normen). Diese bisher systematischste Unterscheidung liefert allerdings keine Kriterien zur Unterscheidung von Subtypen der Demokratien und Autokratien.

Seit den 1920er Jahren und insbesondere nach 1945 wurden mehrere Klassifikationen zur Unterscheidung von

a. und totalitären R. entwickelt (Carl Joachim Friedrich / Zbigniew Brzezinski, *Totalitarian Dictatorship and Autocracy*, 1956, dt. *Totalitäre Diktatur*, 1957; Karl Loewenstein, *Verfassungslehre* [1959], <sup>3</sup>2000). Die einflussreichste, von Juan Linz (»Totalitarian and Authoritarian Regimes«, in: *Handbook of Political Science*, Bd. 3, hrsg. von Fred Greenstein und Nelson Polsby, 1975) entwickelte Typologie benennt drei Merkmale, die a. R. von totalitären (→ Totalitarismus) und demokratischen Herrschaftstypen unterscheiden: (1) eingeschränkter Pluralismus; (2) eingeschränkte politische Partizipation und Depolitisierung; (3) Herrschaft wird nicht wie bei totalitären R. durch geschlossene Ideologien, sondern durch Mentalitäten wie Patriotismus, Ordnung, Nationalismus oder Modernisierung legitimiert (→ Diktatur).

Diese drei Dimensionen lassen sich in eine systematische Typologie politischer R. integrieren (Wolfgang Merkel, »Defekte Demokratien«, in: *Demokratie in Ost und West*, hrsg. von W. M. und Andreas Busch, 1999), die auf sechs Klassifikationskriterien beruht, die sich auf den Begriff der → Herrschaft beziehen. Ein a. R. lässt sich damit wie folgt beschreiben: (1) Die Herrschaft legitimiert sich, wenn überhaupt, durch ideologisierte Mentalitäten und nicht durch geschlossene Weltanschauungen; (2) der Herrschaftszugang unterliegt erheblichen Einschränkungen; finden Wahlen statt, sind diese nicht frei und allgemein, sondern bestenfalls semipluralistisch; (3) das Herrschaftsmonopol und (4) die Herrschaftsstruktur wird allein von den a. politischen → Eliten kontrolliert; (5) der Herrschaftsanspruch greift in politischen Fragen weit in die Individualsphäre ein; (6) die Herrschaftsweise ist nicht rechtsstaatlich normiert, sondern wird repressiv durchgesetzt.

Allein im 20. Jh. hat sich eine Vielzahl unterschiedlicher Legitimationsmuster von a. R. herausgebildet. Die markantesten Varianten der Legitimation a. Herrschaft waren: → Kommunismus, → Faschismus, Militarismus, Korpora-

tismus, Rassismus, Modernisierung, Theokratie und Dynastie. Diese Legitimationsformen schließen sich keineswegs wechselseitig aus. Sie wurden und werden durch a. Machthaber häufig kombiniert, um die herrschaftsstabilisierende Wirkung zu erhöhen. So haben sowohl a.-kommunistische R. wie auch Militärdiktaturen die Modernisierung der Gesellschaft zusätzlich in den Begründungskatalog ihrer Herrschaft aufgenommen. Berücksichtigt man den Träger und die Legitimationsform a. Herrschaft, lassen sich im 20. Jh. neun Grundtypen a. R. finden: (1) kommunistisch-a. R. (Ungarn nach 1968, Sowjetunion unter Gorbatschow 1985–1991); (2) faschistisch-a. R. (Mussolinis Italien 1922–1943); (3) Militärdiktaturen als bürokratisch-militärische R. (Guillermo O'Donnell, *Modernization and Bureaucratic-Authoritarianism*, 1973) – häufig in Lateinamerika – oder als personalisierte Führer-R. (Horthys Ungarn 1920–1940, Piłsudskis Polen 1926–1935) oder aber als mörderische Gangster-R. in Afrika; (4) korporatistisch-a. R., die sich auch als »organische Demokratien« bezeichneten (Salazars *Estado Novo* 1926–1974, zeitweise Francos Spanien); (5) rassistisch-a. R., in denen eine weiße Minderheit die farbige Mehrheit zivil diskriminiert und politisch ausschließt (Südafrika, Rhodesien); (6) a. Modernisierungs-R., die entweder in der Form von bürokratischen Militär-R., als Einparteien-R. (Kuomintangherrschaft auf Taiwan) oder als nachkoloniale Führer- wie Einparteien-R. (Afrika) auftreten; (7) theokratisch-a. R., in denen eine fundamentalisierte Religion als eine weltlich verbindliche Heilslehre repressiv durchgesetzt wird (Iran, Afghanistan unter den Taliban, Saudi-Arabien); (8) dynastisch-a. R., in denen der Herrschaftszugang nicht vom *Demos*, sondern von einem dynastischen Prinzip geregelt wird (England 17.–20. Jh., europäischer Kontinent 19.–20. Jh.); (9) sultanistisch-a. R., in denen sich ein extrem personalistischer und erratischer Herrschaftsstil sowie Strukturen und Mechanismen einer Familienclan-Herrschaft

mit a. oder gar totalitären Systemelementen mischen (Ceaușescu in Rumänien).

Zu Beginn des 21. Jh. ist bei strenger Betrachtung nur noch Nordkorea als totalitäres R. zu bezeichnen (Wolfgang Merkel, »Totalitäre Regimes«, in: *Zeitschrift für Internationale Diktatur- und Freiheitsforschung* 1, 2004). Bei wohlwollender Betrachtung können fast hundert R. als Demokratien bezeichnet werden. Trotz der ergiebigen Demokratisierungswelle (→ Demokratisierung/Demokratisierungswellen) im letzten Viertel des 20. Jh. werden zu Beginn des neuen immer noch die Hälfte der rund 200 Staaten a. registert.

Wolfgang Merkel

Juan J. Linz: *Totalitarian and Authoritarian Regimes*. Boulder 2000. [Dt.: *Totalitäre und autoritäre Regime*. Berlin <sup>2</sup>2003]

Wolfgang Merkel: *Systemtransformation. Eine Einführung in die Theorie und Empirie der Transformationsforschung*. Opladen 1999.

## Bürgertugenden

Allgemein versteht man unter ›Tugend‹ die eine Person auszeichnende Fähigkeit und Bereitschaft, das Gute aus den rechten Motiven heraus zu tun. Die B. bezeichnet somit die Fähigkeit und Bereitschaft der Bürger, ihre eigenen Interessen und ihr Handeln bewusst mit dem in Einklang zu bringen, was dem politischen Zusammenleben insgesamt zuträglich ist. Dabei geht das tugendhafte Handeln über das rechtlich Gebotene hinaus und orientiert sich an dem, was durch Prinzipien der → Gerechtigkeit gefordert wird oder durch andere Werte des Zusammenle-